

Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2013 · 52:1024
 DOI 10.1007/s00120-013-3261-y
 © Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2013

Redaktion

W. Bühmann, Wenningstedt/Sylt

+++ **URO-Telegramm** +++

**Stilllegung von Praxissitzen:
 Wie hoch ist
 die Entschädigung?**

Bekanntlich können Zulassungsausschüsse seit Anfang des Jahres in übersorgten Planungsbereichen Zulassungen anlässlich der geplanten Praxisabgabe stilllegen. Eine Entschädigung in Höhe des Verkehrswertes hat dann die KV dem betroffenen Praxisinhaber zu zahlen. Erstmals äußern sich nun KVen zu der wichtigen Frage, wie sie den Verkehrswert einer Praxis (und damit die Abfindungshöhe) berechnen wollen. Demnach könnte ein doppelter KV-Quartalsumsatz als Entschädigung gezahlt werden (Quelle: KVNO aktuell 5/2013). Inwieweit das Sachvermögen der Praxis eine Rolle bei der Berechnung der Abfindung spielt, ist derzeit aber noch ebenso unklar, wie die Frage, wie der privatärztliche Anteil der Praxis berücksichtigt wird.

Für Praxisinhaber mit Praxen in attraktiven Lagen empfiehlt es sich, beizeiten vorzusorgen. So kann bei entsprechender Ausgestaltung die Einbringung der Praxis in eine Berufsausübungsgemeinschaft die Gefahr einer Stilllegung bei der Veräußerung bannen. Wer eine Einzelpraxis veräußern möchte und die Gefahr der Stilllegung durch den Zulassungsausschuss fürchtet, findet im Versorgungsstrukturgesetz eine Reihe von „Werkzeugen“, um die Zulassung u.a. über den Umweg einer Anstellung beim Erwerber weitgehend abzusichern.

Frielingsdorf Consult Newsletter



**Neuer Kodex:
 Industriesponsoring soll
 transparenter werden**

Künftig sollen Pharmafirmen auf einer Webseite veröffentlichen, wie sie Ärzte und andere Gesundheitsberufe unterstützen. Das sieht ein sogenannter Transparenzkodex vor, den der Dachverband der europäischen Pharma-Verbände sowie einzelner Pharmaunternehmen (EFPIA) verabschiedet hat. Der Kodex regelt auf europäischer Ebene die Verpflichtung der Unternehmen, ihre direkten und indirekten Zuwendungen an Ärzte und andere Gesundheitsberufe offenzulegen.

Dazu zählen Dienstleistungs- und Beratungshonorare, Spenden, Zuwendungen im Zusammenhang mit Fortbildungsveranstaltungen und solche aus dem Bereich Forschung und Entwicklung. „Das Zusammenwirken von Ärzten und Pharmaindustrie wird schnell unter den Generalverdacht der Beeinflussung und Manipulation gestellt. Damit soll Schluss sein durch mehr Transparenz. Sie ist die Grundlage für Glaubwürdigkeit und Verbrauchervertrauen“, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes der forschenden Arzneimittelhersteller, Birgit Fischer. Bereits 2004 hätten die vfa-Mitglieder die „Freiwillige Selbstkontrolle für die Arzneimittelindustrie e.V.“ (FSA) gegründet. Dieser Verein überwache die korrekte Zusammenarbeit von pharmazeutischen Unternehmen mit Ärzten, Apothekern und weiteren Angehörigen der medizinischen Fachkreise in Deutschland. Seit 2009 legen die forschenden Pharma-Unternehmen in Deutschland außerdem einmal jährlich detailliert offen, welche Patientenorganisation sie in welcher Weise unterstützen.

Der neue Transparenzkodex führt jetzt europaweit Mindeststandards ein, welche die nationalen Verbänden einhalten sollen. Im nächsten Schritt sind die Vorgaben der EFPIA auf nationaler Ebene von der jeweiligen Mitgliedervereinigung umzusetzen. Stichtag für die Umsetzung ist der 31. Dezember 2013. Zudem wird der Kodex dem Bundeskartellamt zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt. „Gleichermaßen finden mit der Ärzteschaft dazu Gespräche statt, um für eine gemeinsame Umsetzung zu werben“, erläuterte Fischer.

© hil/aerzteblatt.de



**PKV und GKV Bahr fordert
 „Abrüstung“ in der Systemfrage**

Wettbewerb und Vielfalt - das ist das Motto für Gesundheitsminister Daniel Bahr, geht es um PKV und GKV. Trotzdem sieht er den Bedarf für Gesetzesänderungen.

Ohne das duale Krankenversicherungssystem gäbe es in Deutschland nicht so ein hohes Versorgungsniveau wie es heute besteht. Davon ist Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr überzeugt.

„Wir haben im dualen System einen breiten Leistungsumfang, der seinesgleichen in der Welt und in Europa sucht“, sagte Bahr am 19. Juni auf der Jahrestagung des Verbands der privaten Krankenversicherung (PKV) in Berlin.

Jeder bekomme in Deutschland, was für seine Behandlung notwendig ist. Mit Blick auf die Bürgerversicherung forderte er dazu auf, in der Diskussion über die künftige Gestaltung des Krankenversicherungssystems „ideologisch abzurüsten“.

Ein entscheidender Vorteil hierzu sei eben die Wahlfreiheit der Versicherten. „Der Grundsatz muss erhalten bleiben, dass die Versicher-

ten selbst entscheiden, wo und wie sie sich versichern wollen.“ Sowohl in der GKV als auch in der PKV gebe es Reformbedarf, betonte der FDP-Politiker. Beide Systeme hätten Vor- und Nachteile, sie müssten sich weiterentwickeln und dabei voneinander lernen.

Handlungsbedarf

Rosinenpickerei habe weder bei den gesetzlichen Krankenkassen noch bei den privaten Krankenversicherern etwas zu suchen. Wahltarife in der GKV, die sich ausschließlich dadurch finanzieren, dass freiwillig Versicherte vom Wechsel in die PKV abgehalten werden, dürfe es nicht mehr geben.

Bahr begrüßte die vom PKV-Marktführer Debeka initiierte Öffnungsaktion mancher Versicherer.

Sie bieten den Angestellten und ihren Familien an, sechs Monate nach Erreichen der Versicherungspflichtgrenze in die PKV zu wechseln und dabei die Prämienhöhe unabhängig von möglichen Vorerkrankungen auf 30 Prozent zu begrenzen. Weitere Unternehmen sollten dem folgen, sagte er. „Solche Ansätze sehe ich sehr positiv.“

Er forderte die PKV-Anbieter auch auf, sich stärker im Bereich der integrierten Versorgung und mit Behandlungsprogrammen für bestimmte Krankheitsbilder zu engagieren. Die PKV müsse Tarife und Versorgungsstrukturen anbieten, die dazu beitragen, die demografische Entwicklung zu bewältigen.

Auch bei den Beiträgen und den internen Wechselmöglichkeiten sieht Bahr Handlungsbedarf. „Wir werden auch bei der PKV gesetzliche Änderungen brauchen.“

Er sei für Wettbewerb und Vielfalt, aber der Wettbewerb müsse nach Regeln funktionieren. „Der Wettbewerb kann gerade in der Krankenversicherung ausufern“, warnte Bahr.

Ilse Schlingensiepen

Quelle: Ärzte Zeitung